

Ein neues Bildungssystem braucht ein neues Gesellschaftssystem

Wie zu erwarten war, trägt die Einführung der Studiengebühren zu einer allgemeinen Verschlechterung der Studien- und Lebensbedingungen der Mehrheit der Studierenden bei. Die Geistes- und Sozialwissenschaften werden drastisch zusammen gestrichen und die eingenommenen Studiengebühren von den Hochschulen nicht selten zum Stopfen von Haushaltslöchern verwendet. Bibliotheken werden geschlossen und Professorenstellen abgebaut. Mittlerweile kommen im Bundesdurchschnitt auf eine Lehrkraft 78



Studentin auf einer Protestaktion gegen Studiengebühren in Hessen. Sie fordert Ministerpräsident Roland Koch mit Kampfaktionen wie in Frankreich heraus.

Studenten, bei den Sozialwissenschaften sind es doppelt so viele. Die MLPD lehnt Studiengebühren grundsätzlich ab - selbst wenn sie für die Verbesserung der Studienbedingungen verwendet würden.

Bildung ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die vollständig vom Staat finanziert werden muss, dessen Steuereinnahmen 2007 so hoch waren wie noch nie in der Geschichte der BRD. Stattdessen werden die Kosten auf die Studierenden und ihre Familien abgewälzt und insbesondere Jugendliche aus unteren Einkommenschichten vom Studium ausgegrenzt. In NRW sind mittlerweile 70% der Studierenden gezwungen, zur Absicherung ihres Lebensunterhalts neben dem Studium zu arbeiten und dabei die Regelstudienzeit einzuhalten. Das Argument, dass ein Akademiker mehr koste und später mehr verdiene als ein Arbeiter, ist nicht stichhaltig. Erstens ist offen, ob man nach dem Studieren überhaupt eine entsprechende Stelle findet. Zweitens werden Ärzte, Lehrer und Wissenschaftler in der Gesellschaft genauso gebraucht wie sie Arbeiter und Angestellte benötigt. Deshalb fordert die MLPD ein kostenloses und einheitliches Bildungssystem von Kinderkrippe bis zur Hochschule.

Was steckt hinter der Einführung von Studiengebühren?

Die Einführung von Studiengebühren ist Bestandteil eines Prozesses, indem sich die Hochschulen zunehmend in gewinnbringende „Unternehmen“ verwandeln, bei denen der „Kunde“ Student zur Kasse gebeten wird. Dieser weltweite Umwandlungsprozess erfolgt in Europa auf der Grundlage der so genannten Bologna-Erklärung, die im Jahre 1999 von 29 europäischen Bildungsministern unterzeichnet wurde. Kernpunkte dieser Erklärung sind die Angleichung der Studienbe-

dingungen, die Einführung gestufter Studiengänge (Bachelor/Master) und vor allem die engere Durchdringung der Hochschulen mit der Wirtschaft.

Hochkarätige Manager aus Industrie und Banken sitzen laut „Hochschulfreiheitsgesetz“ direkt in den Hochschulräten der Universitäten und bestimmen hier, wie Lehrinhalte, Finanzen und Personal zur effektiven Profitmacherei eingesetzt werden können. Ihr Ziel der Ausbildung sind Wirtschaftswissenschaftler, die wie bei Nokia/Bochum berechnen, dass zur Erzielung von Höchst-Profiten 3.000 Arbeiterfamilien in die Arbeitslosigkeit



Protestaktionen bei Nokia in Bochum Januar 2008

geschickt werden müssen. Oder verantwortungslose Ingenieure, welche kritiklos den Energiekonzernen die Pläne für den Ausbau von Atom- und Kohlekraftwerken liefern – auch wenn das zum Kollaps des Planeten Erde führt. Das Streben nach Maximalprofiten ist Triebkraft der kapitalistischen Produktion, und in diesem Interesse wollen die internationalen Konzerne **unmittelbar** die Inhalte von Forschung und Lehre bestimmen. Dafür wollen sie nicht „Masse“, sondern „Klasse“: Während die Masse der Studierenden mit schlechten Studienbedingungen und einem mehr und mehr verschulten Schmalspurstudium abgespeist werden, wird zunehmend in die "Begabtenförderung" investiert. Die elf Begabtenförderungswerke der Bundesregierung erhalten im Jahr 2008 111 Mio. Euro, das sind ca. 1/3 mehr als noch vor

3 Jahren. Die Stiftungen hätten jedoch Probleme genügend geeignete Bewerber zu finden! (WAZ 18.7.07)

Du solltest Dich schon entscheiden...

... ob du dich als angehender Wissenschaftler auf die Seite dieser Profitlogik stellst oder ob du an der Seite der Arbeiter und Angestellten gegen die Politik der Konzerne und ihrer Handlanger in den Regierungen kämpfst.

Denn die Studiengebühren sind nur ein Bestandteil eines ganzen Katalogs von Zumutungen, von der die Masse der Bevölkerung betroffen ist: Hartz-Gesetze, die immer mehr Arbeitende in die Armut drängen; Arbeitsplatzvernichtung, die jährlich Zehntausenden die Existenzgrundlage raubt; Zerschlagung der Sozialversicherungssysteme und Kürzungen im Bildungswesen; Zwangsgesetze, die Jugendliche in Straflager stecken wollen anstatt ihnen eine menschenwürdige Perspektive zu bieten usw. Diese volksfeindliche Politik kann nur durch den gemeinsamen Kampf der verschiedensten Bewegungen durchkreuzt werden – nicht durch das Kreuz auf dem Wahlzettel. Wenn die SPD jetzt mit dem Versprechen, Studiengebühren abzuschaffen auf Stimmenfang geht, sollte man sich nicht über die Tatsache hinwegtäuschen lassen, dass die SPD mit der Agenda 2010 maßgebend zur Verschlechterung der Lebenssituation der Menschen beigetragen hat. Und davon hat sie bisher nichts zurückgenommen!

Eine grundsätzliche Lösung ist notwendig...

... damit die gesellschaftlich geschaffenen Werte der Masse der Bevölkerung zugute kommen und auch die Wissenschaften, Lehre und Forschung den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung folgen. Nicht die Großkonzerne, sondern die Arbeiterklasse soll bestimmen, was produziert, erforscht und gelehrt wird. Der wissenschaftliche Sozialismus steht für ein Gesellschaftssystem, bei dem der Mensch und nicht der Profit im Mittelpunkt steht. Wenn du das gut und richtig findest – dann bist du richtig bei der MLPD.

Kontakt

Zentralkomitee der MLPD: Schmalhorststraße 1c • 45899 Gelsenkirchen • Fon 0209/95 19 40 • Mail: info@mlpd.de